

## **ANTRAG**

**der Fraktionen DIE LINKE und SPD**

### **Zukunft der medizinischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern sichern**

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass das Gesundheitssystem in Mecklenburg-Vorpommern mit Blick auf die demographisch veränderten Versorgungsbedarfe, den medizinischen Fortschritt sowie die knapper werdenden personellen Ressourcen nach wie vor großen Herausforderungen gegenübersteht. Das Ziel bleibt gerade vor diesem Hintergrund, eine qualitativ hochwertige, langfristig sichere und erreichbare medizinische Versorgung für die Menschen im Land auch in Zukunft zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang setzen wir auf eine bestmögliche Kooperation aller an der Versorgung Beteiligten und den Erhalt und die Sicherung aller Krankenhausstandorte in Mecklenburg-Vorpommern.
2. Grundlegend wichtig ist zu diesem Zweck, eine integrierte, sektorenübergreifende Versorgungsplanung und -struktur, die bestmögliche Einbindung und Nutzung der Telemedizin und nicht zuletzt die Erreichbarkeit und Vernetzung der Versorgungsangebote durch abgestimmte und barrierearme Mobilitätskonzepte zu verbessern.

3. Die Landesregierung wird beauftragt, eine Kommission zur Weiterentwicklung der medizinischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern einzusetzen. Aufgabe der Kommission ist die zielorientierte und kooperative Umsetzung der wesentlichen Handlungsempfehlungen, die in der Enquete-Kommission „Zukunft der medizinischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern“ beschrieben wurden. Weiterhin sind korrespondierende Handlungsempfehlungen aus dem Masterplan Gesundheitswirtschaft 2030 einzubeziehen. Der Kommission gehören neben Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung auch Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Gebietskörperschaften, der Wissenschaft, der Leistungserbringer, der Kostenträger sowie der organisierten Patientenvertreter an. Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport ist halbjährlich über die Zwischenergebnisse der Kommissionsarbeit zu informieren.

**Jeannine Rösler und Fraktion**

**Julian Barlen und Fraktion**

### **Begründung:**

Mit Blick auf die älter werdende Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern, den damit einhergehenden veränderten Versorgungsbedarfen, den rasanten medizinischen Fortschritt und den knapper werdenden personellen Ressourcen steht die medizinische Versorgung vor großen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund wurde in der vergangenen Legislaturperiode die Enquete-Kommission „Zukunft der medizinischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern“ mit dem Ziel eingerichtet, eine qualitativ hochwertige und zugleich erreichbare medizinische Versorgung sicherstellen.

Im Ergebnis wurde festgestellt, dass sich eine flächendeckende medizinische Versorgung nur durch eine sektorenübergreifende Zusammenarbeit und den kooperativen Einsatz aller verfügbaren Ressourcen sicherstellen lässt. Dazu gehören auch die Patientenbeteiligung zu verbessern, Gesundheitszentren in der Fläche auszubauen und nicht zuletzt die Telemedizin zu stärken. Darüber hinaus ist für die Geburtshilfe ein tragfähiges Konzept zu erarbeiten, das unter anderem erweiterte Studienangebote für Hebammen, Geburtshausangebote an Gesundheitszentren und entsprechende Transportmöglichkeiten beinhaltet. Die Anstrengungen auf Bundesebene zu einer Einigung über eine Ausbildungsvergütung für alle Heilberufe zu kommen, sind parallel fortzusetzen.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat sich mit der Berufung des Kuratoriums Gesundheitswirtschaft im Jahr 2010 ein Gremium geschaffen, welches auch in den Fragen der Gesundheitsversorgung mit Zielvorgaben agiert.

Die von der Enquete-Kommission „Zukunft der medizinischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern“ erarbeiteten Handlungsempfehlungen können nur gemeinsam mit allen Akteuren im Gesundheitssystem umgesetzt werden. Dazu ist es notwendig, eine Kommission mit Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung sowie aus dem Gesundheitssystem einzusetzen.